Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Bezugspreis: Durch die Post in Deutschland monatlich M. 600000; Ausland M. 1200000 einschl. Porto. Erscheint täglich morgens, außer Montags. Höhere Gewalt schließt Erfüllung aus. Schriftleit., Geschäftsst., Druckerei: Leipzig, Johannisgasse 8 (Fernsprecher Ortsgespräche Sammel-Nr.: 70811, Ferngespräche 17099-17092); ebenda u. in allen Filialen Anzeigen- u. Abonnement-Annahme; auch nimmt jedes Postamt Bestellungen an.

Anzeigenpreis: für die Gesamt- (Stadt- u. Post-) Auflage: Einsp. 24mm br. mm-Zeile M. 17000, ausw. Inserent. M. 18000. Sonderpreise: Familienanz. d. Priv. mm-Zeile M. 4000, Gelegenheitsanz. (priv. Natur) u. Stellenangeb. mm-Zeile M. 5000, Stellengesuch mm-Zeile M. 4000, amtl. Bekanntm. Doppelmm-Zeile M. 20000, f. ausw. M. 36000. Reklame 72mm br. mm-Zeile M. 70000, f. ausw. M. 100000. Auslandsanz. m. Valutaaufschl. Bei Wiederh. Nachlaß. Platz- u. Datenvorsch. unverbindl. Erfüll.-Ort Leipzig. Postscheckk. Leipz. 3604.

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig.

Nr. 193 | Einzelnummer 30000 Mark | Donnerstag, den 16. August 1923 | Fern-Ausgabe | 147. Jahrg.

Das Programm

L. G. Leipzig, 15. August.

Die politische Betrachtung von Menschen und Dingen beruht wesentlich auf der Erfahrung und muß daher auf möglichste Vollständigkeit des Tatsachenmaterials bedacht sein, mit dem sie es jeweils zu tun hat. Wenn man an der Hand dieser Regel ein Urteil über den neuen Reichskanzler zu gewinnen sucht, darf man auch die Erinnerung an die Wahlen des Jahres 1921 nicht ganz übergehen, bei denen sich Herrn Stresemanns Eifer in außerordentlich starkem Maße gegen die Demokratie wandte. In den Kreisen dieser Partei hat man daher zunächst wenig Grund, sich durch die Bildung des Ministeriums Stresemann zu enthusiastischen Empfindungen angeregt zu fühlen. Doch ohne Zweifel wird man sich auch da an die Tatsache halten, daß sich Herr Stresemann von einer nach der demokratischen Seite neigenden Parteigruppierung, wie die große Koalition es offenbar ist, zum Mann ihres Vertrauens erwählen und auf ein ganz bestimmtes innerpolitisches Programm verpflichten ließ. Vielleicht hätte das Bekenntnis zu den Aufgaben, die der neue Kanzler auf diesem Gebiete auf sich zu nehmen hat und die sich in dem Begriff der Befestigung der Republik zusammenfassen lassen, in der Regierungserklärung etwas schärfer hervortreten können. Nach dem Regime der Untätigkeit, das wir zum Glück hinter uns haben, ist man indessen viel mehr geneigt, kraftvolle Taten zu fordern, als Programmerklärungen auszudeuten. Auch darf man in Herrn Stresemann, wenn nicht den überzeugtesten Republikaner, so doch den einsichtigen Politiker erkennen, der nicht daran zweifeln kann, daß eine andere Staatsform als die in der Weimarer Verfassung festgelegte für das Deutsche Reich heute schlechterdings unmöglich ist und es daher zu den klarsten Pflichten eines deutschen Staatsmannes gehört, die demokratische Republik gegen jeden Angriff zu verteidigen. Wenn dabei die persönlichen Neigungen des neuen Kanzlers ihn vorwiegend zur Wachsamkeit gegen links anreizen dürften, so berechtigt doch die Zusammensetzung des Kabinetts und namentlich auch die Besetzung Innenministeriums zu der Hoffnung, daß die Aufmerksamkeit der Reichsregierung den von rechts drohenden Gefahren mehr als in den letzten neun Monaten zugewandt sein werde. Freilich wird in dieser Hinsicht nicht alles von der Regierung, sondern sehr viel auch von dem Verhalten des Linksradikalismus abhängen, dessen Betätigung in einem direkten Verhältnis zu den Fortschritten des Rechtsradikalismus steht.

Auch im Hinblick auf die Außenpolitik der neuen Reichsregierung wäre es müßig, die Regierungserklärung mit der Lupe zu durchforschen. Denn hier vollends kommt alles darauf an, daß der jämmerlichen Tatenlosigkeit, durch die sich die Aera Cuno-Rosenberg kennzeichnete, ein Ende gesetzt werde und die ohnehin von so manchem Betätigungsfeld ausgeschlossene deutsche Diplomatie wenigstens auf den Gebieten, auf denen ihr der internationale Wettbewerb zugänglich ist, ein Höchstmaß an Aktivität entfalte. Das Ziel ist klar. Es handelt sich darum, mit Frankreich zu einem mit der Würde und Wohlfahrt des Reiches annehmbaren Ausgleich zu kommen, bis dahin aber im Reden und Tun den Anschluß an jede Bewegung zu suchen, die sich in der Welt gegen die französischen Vorherrschaftsgelüste kundgibt. Das politische, wirtschaftliche, kulturelle Gewicht einer Nation von der Zahl und dem Wert der deutschen ist auch heute noch ein Faktor, mit dem zu rechnen ist. Ihn zur Geltung zu bringen, bedarf es nicht zum wenigsten der Fähigkeit, den Kampf mit der unermüdlichen Suada eines Poincaré aufzunehmen. Die Eigenschaft des Kanzlers als eines der besten Redner des Reichstages ist daher an sich schon ein außenpolitisches Programm, durch dessen Durchführung, so ist zu hoffen, alsbald das unerhörte Versäumnis nachgeholt sein wird, das dem französischen Ministerpräsidenten geradezu ein Monopol der Erörterung der deutschen Angelegenheiten auf dem Völkerforum überließ.

Das Ministerium Stresemann beginnt seine Tätigkeit unter nicht ungünstigen Vorzeichen. Die englische Note an Frankreich ist, wenn man sie auch mit aller Vorsicht entgegenehmen muß, immerhin seit langer Zeit der erste Lichtblick in den weltpolitischen Schwierigkeiten, mit denen wir zu kämpfen haben. Sie schafft auf jeden Fall eine neue Lage, die bei verständiger Bearbeitung nicht ohne erfreuliche Aussichten für die fernere außenpolitische Entwicklung ist. Auf dem Gebiete der inneren Politik sind die Katastrophen, die manche für den Fall des Sturzes des Kabinetts Cuno vorausgesagt hatten, nicht nur nicht eingetroffen, sondern die bloße Tatsache, daß der Reichstag sich auf seine Pflicht besann und ein unfähiges Kabinett verabschiedete, hat genügt, um gewisse radikalistische Unternehmungen zum Scheitern zu verurteilen. Die Nation hat damit dem Ministerium Stresemann einen großen Kredit gewährt. Es ist nötig, daß alles daran gesetzt werde, solches Vertrauen zu rechtfertigen. Das eben ist das unerläßliche Programm der neuen Reichsregierung.

Blutige Ausschreitungen in Aachen

18 Tote — Passives Verhalten der Besatzungsbehörde

Aachen, 15. August. (Eig. Tel.) Im Stadt- und Landkreis Aachen ist es gestern und heute wieder zu schweren Plünderungen gekommen. Schon seite Mitte voriger Woche halten die Unruhen an, die einen immerhin ernstlichen Charakter angenommen haben. Sie sind auf die Ernährungslage Aachens zurückzuführen, die allerdings geradezu zum Verzweifeln ist. Durch den Verlust Eupen-Malmedys fehlt der Stadt jedes landwirtschaftliche Hinterland. Aus dem Ausland können Lebensmittel infolge der Valuta kaum bezogen werden. Versuche, von jenseits des Rheins Lebensmittel mit Wagen heranzubekommen, sind gescheitert, da die Wagen von Arbeitslosen und Notstandsarbeitern ausgeplündert werden.

Mitte voriger Woche zogen nun die Massen auf das Land in der Umgebung Aachens. Scharen von Hunderttausenden ergossen sich über die Kartoffel- und Getreidefelder und plünderten sie vollständig ab. Das Vieh wurde auf den Weiden geschlachtet. Die Polizei war dem Treiben gegenüber vollständig machtlos. Bei dem Zusammenstoß zwischen Plünderern und Polizei wurden vier Plünderer schwer verletzt. Am folgenden Tage zog eine 30000köpfige Menschenmenge vor das Polizeipräsidium und verlangte die Herausgabe der wegen Plünderns Verhafteten. Nach kurzem Verhandeln mit der Polizei, die die Herausgabe verweigerte, versuchte die Menge das Gebäude zu stürmen. Die Polizei gab scharfe Schüsse auf die Menge ab, die sofort auseinander stob. Es wurden bis jetzt 18 Tote und ungefähr 200 Verwundete festgestellt.

Gestern kam es in der Stadt Aachen wieder zu einer allgemeinen Plünderung. In fast sämtlichen Geschäftsvierteln wurden die Läden vollständig ausgeraubt, Schuhe, Kleidungsstücke, Lebensmittel und sogar Luxusgegenstände und Möbel wurden weggeschafft. Die Zahl der geschädigten Geschäfte beträgt weit über 100. Die Polizei, die auf Anordnung der Besatzungsbehörde nicht verstärkt werden durfte, ist dem Treiben gegenüber vollständig machtlos, zumal da die Plünderungen gleichzeitig in allen Stadtteilen vorgenommen wurden. Die Plünderungen hielten die ganze Nacht durch an und setzten sich am heutigen vormittag fort. Proletarische Kontrollkommissionen versuchten zwar die Ordnung aufrecht zu erhalten und Waren zu verbilligten Preisen abzugeben; der Pöbel ist ihnen aber über den Kopf gewachsen, sie werden einfach beiseite geschoben und die Waren mit Gewalt herausgeholt. Die Plünderungen dauerten bis Mittag noch an. Die belgische Besatzungsbehörde hat es abgelehnt, einzuschreiten oder den Belagerungszustand zu verhängen.

Wiederaufnahme der Arbeit in Berlin

Berlin, 15. August. (Eig. Tel.) Heute ist die Arbeit nach dem zusammengebrochenen Generalstreik der Kommunisten in allen industriellen Betrieben voll wiederaufgenommen worden. Auch in den städtischen Werken sind sämtliche Arbeiter zum Dienst erschienen. In der Nacht ist es abermals zwischen Tumultuanten und Schutzpolizei zu Zusammenstößen gekommen. In Schöneberg mußte die Polizei eine große Schar junger, lärmender Leute mit blanker Waffe auseinandertreiben. 6 Rädelsführer wurden festgenommen. Im Osten Berlins wurden Polizeibeamte von den Demonstranten tätlich angegriffen. Die Polizei gab Schreckschüsse ab. 4 Personen wurden verhaftet. In Lichtenberg bombardierte eine etwa 1000 Personen zählende Menge den Straßenbahnhof mit Steinen aus Wut über die Wiederaufnahme der Arbeit durch die Straßenbahner. Die Polizei verjagte schließlich die Angreifer, von denen 5 in einem benachbarten Laubengelände versteckt gefunden und verhaftet wurden.

Gegen alle Verhafteten ist ein Strafverfahren wegen Landfriedensbruchs eingeleitet worden.

Die Zustände in Hamburg

Hamburg, 15. August. (Eig. Tel.) Die Lage im Hamburger Hafen hat gegenüber dem gestrigen Tag insofern eine Verschärfung erfahren, als jetzt auch die Schauerleute die Arbeit niedergelegt haben, um verschiedene Forderungen zu erzwingen. Sie verlangen u. a. sofortige Zurückziehung der Sicherheitspolizei aus dem Freihafen, sofortige Auszahlung einer Wirtschaftsbeihilfe von 10 Millionen und Erhöhung der Schichtlöhne.

Heute herrscht im Hafen vollständige Arbeitsruhe, die Schiffe werden weder gelöscht noch beladen. Hiervon wird auch die Brotversorgung betroffen, denn eine Anzahl von Getreideschiffen, deren Ladung heute den Bäckern zugeführt werden sollte, kann nicht gelöscht werden, da Kräne nicht bedient werden.

Zu neuen Zwischenfällen ist es nicht gekommen. Auch die Barkassen und Schleppdampfer stellten heute mittag nach und nach ihren Betrieb ein. Die Arbeit der Elbelotsen ist wieder aufgenommen worden, nur die Lotsen im Nord-Ost-See-Kanal können ihren Dienst noch nicht antreten, da der Abschluß der Verhandlungen mit ihnen noch nicht möglich war, weil das Reichsverkehrsministerium seine Einwilligung zu dem Abschluß noch nicht gegeben hat. Infolgedessen wird in Kiel weiter verhandelt. Die Einigung mit den Elbe- und Nordseelotsen ist dagegen in vollem Umfange erzielt worden.

Der Eisenbahn-Indextarif

Berlin, 15. August. Am 20. August werden die Personen- und die Gepäcktarife der Reichsbahn um 900 Proz., die Gütertarife um rund 2000 Prozent gegenüber dem Tarife vom 8. August erhöht.

Die wertbeständigen Tarife (Indextarife) werden im Personenverkehr zum 1. September eingeführt, im Güterverkehr jedoch bereits am 20. August. Die Schlüsselzahl für den Güterverkehr ist auf 1 200 000 festgesetzt.

Deutscher Reichstag

Berlin, 15. August. (Eig. Tel.) Der Antrag aller Parteien auf Erhöhung der Zulagen in der Unfallversicherung wird debattelos in allen drei Lesungen angenommen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzes über wertbeständige Post-, Postscheck- und Telegraphengebühren. Nach der Vorlage sollen die Grundgebühren durch Vervielfältigung mit einer Schlüsselzahl berechnet werden, deren Grundlage die jeweilige Regelung der Bezüge des Personals bilden soll im Vergleich zum 1. Juli 1914 oder eine allgemein gültige Reichsindexziffer. Auf dieser Grundlage soll der Postminister am 1. oder 16. des Monats Gebühren festsetzen. Die Vorlage wird ohne Aussprache in allen drei Lesungen angenommen, ebenso das Fernsprechgebührengesetz. Es bringt unter Fortfall der Grundgebühren einen neuen Gesprächsgebührentarif, bei dem aber monatlich eine Mindestzahl von Ortsgesprächen bezahlt werden muß. Auch die Fernsprechgebühren sollen wertbeständig gemacht werden.

Ein Antrag Esser (Ztr.) fordert mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten, welche Handwerkern und kleineren Unternehmern durch die Geldentwertung erwachsen, die Regierung auf, die Vergebungsstellen öffentlicher Arbeiten anzurufen, erprobten Lieferanten Abschlagszahlungen auf laufende Lieferungen zu gewähren.

Zu dem von dem Abg. Herz (Soz.) eingebrachten Gesetzentwurf über finanzpolitische Vollmachten der Reichsregierung, haben die Regierungsparteien eine Entschließung vorgelegt, wonach die Regierung alsbald Gesetzentwürfe einbringen soll, welche durch Belastung der Vermögenswerte und durch Uebergang nicht nur wertbeständiger Währung eine Sanierung der Reichsfinanzen und eine Stützung der Ruhrkredite in die Wege zu leiten geeignet sind. Nachdem Reichsfinanzminister Dr. Hilferding auf eine Anregung des Abgeordneten Dr. Helfferich (Dntl.) zugesagt hat, daß die Regierung in diesen Tagen mit den Berufsständen in steter Fühlung bleiben wird, wird die Entschließung angenommen.

Der Besoldungs- und Reichsgehalts-Haushalt des Reichsbankdirektoriums wird debattelos genehmigt.

Abg. Dr. Herzfeld (Komm.) begründet alsdann den kommunistischen Antrag auf Außerkraftsetzung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 10. August, der sich auf die Beschlagnahme der „Roten Fahne" und anderer kommunistischer Blätter bezog. Abg. Müller-Franken (Soz.) beantragt, den Antrag dem Rechtsausschuß zu überweisen.

Abg. Thomas (Komm.): Die Ueberweisung an den Rechtsausschuß ist heute, wo sich das Haus vertagen will, einem Begräbnis gleich zu achten. Der Antrag muß sofort zur Erledigung kommen. Die Verfassung gibt jedem Deutschen, auch dem Arbeiter, das Recht des freien Volkes, deshalb darf es ihm nicht durch eine Ausnahmeverordnung entzogen werden.

Reichsinnenminister Sollmann erkennt an, daß der Vorredner sich auf den Stand der Verfassung stellt. Selbstverständlich stehe das neue Kabinett für die vom alten Kabinett erlassenen Verordnungen. (Abg. Höllein ruft: Ein schönes Debut.) Die Verordnung richtet sich nicht gegen das freie Wort oder gegen die Arbeiter, diese richte sich nur gegen gewaltsame Versuche, die neue Verordnung umzustoßen. (Abg. Höllein ruft: Du hast schon von Stinnes gelernt.) Die neue Regierung hat noch kein Blatt verboten, trotzdem wird sie in der wüstesten Weise angegriffen. Die Regierung ist vom Volk und Parlament berufen, deshalb fordert die kommunistische Presse ihre Beseitigung.

(Die Sitzung dauert fort.)

Die große Koalition

Von Prof. Dr. Walter Goetz, M. d. R.

Ueber Nacht ist plötzlich das Ziel so langen Sehnens, das dauernde Ziel der Demokratischen Partei, erreicht worden: die Koalition der gesamten Mitte des deutschen Reichstags von der Deutschen Volkspartei bis zur Sozialdemokratie. Die Deutsche Republik hat endlich die breite Mehrheit im Reichstag gefunden, deren sie bedurfte, und sie hat damit für ihren Bestand die denkbar größte Gewähr, die sie zurzeit besitzen kann, erhalten. Wir wollen uns diesen entscheidenden Fortschritt nicht dadurch vergällen lassen, daß die große Koalition nicht so sehr aus großzügiger politischer Einstellung als vielmehr aus taktischen Erwägungen des Augenblicks gekommen ist — das erreichte Ziel ist das Wesentliche, der dazu beschrittene Weg verhältnismäßig gleichgültig.

Als der Reichstag am letzten Mittwoch zusammentrat, schien alles einig zu sein, daß in der gegenwärtigen außenpolitischen Lage jeder Regierungswechsel unmöglich sei. Eine Ministerkrise, wie unsere früheren, zwei oder drei Wochen dauernd, hätte das Reich in den Abgrund stürzen können. Aber darüber durfte sich niemand täuschen, daß damit dem Kabinett Cuno nur eine Schonzeit gegeben war — in normaler Zeit hätte sich niemand für die Fortdauer eines Ministeriums eingesetzt, das jede sichtbare Führung der Nation so völlig vermissen ließ. Niemand konnte zwar dem Reichskanzler persönliche Achtung versagen, niemand konnte unterschätzen, daß er in wertvollen Kreisen Deutschlands und auch des Auslands sich eines aufrichtigen Vertrauens erfreue, daß es ihm vor allem in Süddeutschland gelungen war, manche Mißstimmung aus dem Wege zu räumen, und daß mit seinem Namen der nationale Kampf gegen fremde Gewaltherrschaft sich verbunden hatte. Aber diesen positiven Seiten stand gegenüber, daß von diesem Kanzler und seiner Regierung kein Schwung in diesem Kampf ausging, und daß wir in dem Redekampf der europäischen Staatsmänner eine Zurückhaltung ausübten, die fast wie ein Mangel an Verteidigungskraft aussah. Ob Kanzler und Außenminister diplomatische Versäumnisse begangen haben, wie von mancher Seite behauptet wird, ist schwer festzustellen, solange man nicht weiß, was wirklich geschehen ist; aber wenn der deutsche Außenminister sein hartnäckiges Schweigen damit zu rechtfertigen suchte, daß man über Werdendes und Versuchtes schweigen müsse, so zeigt das Beispiel der englischen und französischen Staatsmänner sehr wohl, daß man Schweigen über diplomatische Geheimnisse und Reden über große politische Fragen sehr wohl miteinander verbinden kann. Wer die Reden des Reichskanzlers und des Außenministers im Reichstag vorlesen hörte, glaubte den Grund des Schweigens vielmehr darin sehen zu müssen, daß wer nicht reden kann, auch nicht reden will. Aber Staatsmänner an leitender Stelle, die nicht reden können, sind heute eine Unmöglichkeit. Wodurch anders hat sich Frankreich trotz seiner Gewaltpolitik noch immer ein gutes Stück Anhang in der Welt erhalten, als weil Poincaré immer von neuem das Vorgehen Frankreichs mit gleißenden Reden zu rechtfertigen suchte und weil jede deutsche Gegenwirkung fehlte. Liegt der Witz aller Reklame in der ständigen Wiederholung, so darf Poincaré für sich in Anspruch nehmen, den Wert der politischen Reklame früher als andere begriffen zu haben. Aber in Deutschland glaubt man noch immer, wir brauchten uns neuen politischen Gewohnheiten (die doch ebensogut dem Rechte dienen können wie jetzt vor allem den Lügen Poincarés) nicht anzupassen.

Wie aber kam es, daß die Stimmung der Parteien, jetzt keinen Regierungswechsel vorzunehmen, so rasch umschlug? Zunächst fühlte ein jeder, daß bei aller Schonung dennoch dieser Regierung kein langes Leben mehr beschieden sei. Eine derartige Stimmung ist allein schon für ein Ministerium die schwerste Gefahr — wie soll es mit Verantwortungsfreude handeln, wenn es den Boden unter sich wanken fühlt? Die Reden des Kanzlers und des Außenministers konnten diese Stimmung nicht heben — kein fortreißender Schwung, keine Tatkraft, keine Persönlichkeiten traten aus ihnen hervor, sondern es klang nur nach fleißig-ehrlicher Bureaukratenarbeit, die dem deutschen Volke vorgelesen wurde. Es gab im Reichstag solche, die von diesen Reden befriedigt waren; der Schreiber dieser Zeilen konnte

Dollar in Berlin

amtl. Mittelkurs: 2 700 000 Mk.

Amerikanischer Geldmarkt

* Sonderkabel des L. T.

	Vorbörse 15.	Parität 15.		Vorbörse 15.	Parität 15.
Berlin	0.000037	2709703	Zürich	18.09	48[illegible]
London	456.87	12345977	Amsterd.	[illegible]	10[illegible]
Paris	660.75	146061	Prag	2.925	79064
Mailand	431.26	116664	Christ.	—	—